

# Nepal im Überblick

zusammengestellt von Thomas Döhne

## Testphase für Trinkwasserprojekt *Melamchi*

Im Zuge der ersten Phase des *Melamchi*-Trinkwasserprojekts erfolgte am 22. Februar ein Tunneltest. Wasser wurde auf einer Länge von 14 Kilometern in den Tunnel eingeleitet. Laut dem geschäftsführenden Direktor des Projekts traten bislang keine technischen Fehler auf. Derzeit fließt das Wasser mit 260 Litern pro Sekunde durch den Tunnel. Der Durchfluss wird mithilfe von CCTV-Kameras kontrolliert. Sobald der Tunnel vollständig mit Wasser gefüllt ist, wird für zehn Tage der Druck getestet. Danach könnte das Projekt ab Mitte April mit der Versorgung des Trinkwassers im Kathmandu-Tal beginnen. Bei einem Test im vergangenen Juli wurden vier Mitarbeiter des Projekts vom *Melamchi*-Fluss mitgerissen, als ein Tunnel aufgrund eines technischen Konstruktionsfehlers gebarsten war. Zwei von ihnen konnten gerettet werden, die beiden anderen verloren ihr Leben.

## Elf Jahre Straffreiheit

Der Präsident des *Nepali Congress* (NC), Sher Bahadur, will sich für die Freilassung des suspendierten Parlamentsabgeordneten Mohammad Aftab Alam einsetzen. Der Fall ist vor Gericht noch nicht abgeschlossen. Alam wird beschuldigt, für den Tod von Dutzenden von Personen bei einer massiven Explosion 2008 in Rautahat verantwortlich zu sein. Die Explosion ereignete sich beim Bau von Bomben im Kuhstall von Alams Verwandten und hatte vermutlich 14 Tote und acht Verletzte zur Folge. Alam wird beschuldigt, die Verletzten und Toten zu einem nahegelegenen Ziegelbrennofen gebracht und im Ofen verbrannt zu haben, um Beweise zu vernichten. Nach den Ermittlungen der Polizei hatte Alam acht der verletzten Beteiligten am Ziegelofen getötet. Spätere Nachforschungen ergaben, dass die Getöteten bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung Terror verbreiten und so Alams Sieg sichern wollten. Ein Team der Polizei hatte Alam im Oktober 2019 verhaftet, als er sich auf dem Weg zu einem Tee-Empfang im NC-Bezirkshauptquartier in Gaur befand. Zuvor hatte der Oberste Gerichtshof die Regierung angewiesen, endlich eine Untersuchung des Falles durchzuführen. Die Polizei hatte sich lange außerstande gesehen, den Fall zu bearbeiten. Alam konnte über Jahre genügend Druck ausüben, um Ermittlungen zu verhindern. Alam war bei den ersten Wahlen zur verfassungsgebenden Ver-

sammlung 2008 als Abgeordneter des Wahlkreises Rautahat-2 gewählt worden, hatte die zweite Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung im Jahr 2013 allerdings verloren. Bei den Parlamentswahlen 2017 konnte sich Alam den Sieg wieder sichern. Im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen wurden zwei Personen wegen mutmaßlicher Beteiligung an der Explosion verhaftet. Aufgrund ihrer Aussagen verhaftete die Polizei dann Alam, elf Jahre nach der Tat. Sollten die Anklagen vor Gericht Erfolg haben, könnte gegen Alam eine Haftstrafe von bis zu 32 Jahren verhängt werden.

## CPN-Kader unter Anklage

Gegen den Führer der verbotenen Kommunistischen Partei Nepals (CPN), Netra Bikram Chand, und 41 weitere Parteiaktivisten wurde ein Verfahren wegen Entführung und Mordes an Rajendra Shrestha im Dezember 2020 eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft reichte im Februar beim Bezirksgericht Morang die Anklageschrift ein. 40 Verdächtige befinden sich auf freiem Fuß. Lediglich Dhan Bahadur BK alias DB Silwal, der Anführer der Gruppe in Morang, kam in Haft. Shrestha, Leiter der *Saraswati Basic School* in der ländlichen Gemeinde Miklajung, war am 4. Dezember 2020 von sechs Parteiaktivisten aus seinem Haus in Barkhe in Miklajung-1 entführt und später mit aufgeschlitzter Kehle in einem nahegelegenen Wald tot aufgefunden worden. Laut Anklageschrift wurde der 54-jährige Shrestha auf Anweisung Chands entführt und ermordet. Die Chand-Partei hatte 150.000 und 10.000 Rupien Schutzgeld von Shrestha gefordert (knapp 1.100 und 72 Euro). Er zahlte nicht und soll die Partei ausspioniert sowie bei der Verhaftung von Parteiführern und Kadern geholfen haben. Die Chand-Gruppe hatte sich zum Mord bekannt. Menschenrechtsgruppen, darunter das *Informal Sector Service Centre* (INSEC), das Forum für Menschenrechte und Umwelt, das *Advocacy-Forum* und die *Tarai Human Rights Defenders Alliance* reisten zum Tatort und kamen zu dem Schluss, dass ein vorsätzlich begangener Mord vorlag. Die Splittergruppe um Chand wird für terroristische Anschläge verantwortlich gemacht und wurde im März 2019 verboten.

## Übereinkunft mit radikaler Splitterpartei

Die Regierung und die von Netra Bikram Chand geführte CPN haben Anfang März 2021 eine Drei-Punkte-

Vereinbarung getroffen. Die von Chand geführte CPN, eine radikale Abspaltung der maoistischen CPN, will zukünftig Politik mit friedlichen Mitteln verfolgen. Beide Seiten einigten sich darauf, die Details des Abkommens auf einer Veranstaltung in der Hauptstadt in Anwesenheit von Premierminister K. P. Oli und dem Generalsekretär der CPN, Netra Bikram Chand alias Biplob, bekanntzugeben. Laut einer gemeinsamen Presseerklärung verzichtet die CPN zukünftig auf Gewalt und umgekehrt werden das gegen die CPN verhängte Verbot aufgehoben, alle Gewissensgefangenen freigelassen und die gegen CPN-Führer und -Kader ange strengten Verfahren eingestellt.

### Verfassungscoup durch die Hintertür

Drei internationale Menschenrechtsorganisationen – *Human Rights Watch*, *International Commission of Jurists*, *Amnesty International* – haben Anfang März 2021 gemeinsam die Regierung Nepals aufgefordert, eine Verordnung zurückzuziehen, die die Unabhängigkeit der verfassungsmäßigen Menschenrechts gremien untergrabe. Personalbesetzungen in diesen Gremien, die ohne Konsultation oder parlamenta rische Zustimmung vorgenommen wurden, sollten rückgängig gemacht werden. Am 15. Dezember 2020 hatte Präsidentin Bidya Bhandari eine Durch führungsverordnung gebilligt, die ein Gesetz zum Verfassungsrat ändert und die Ernennungen für Jus tiz, Nationale Menschenrechtskommission (NHRC), Wahlkommission und andere Verfassungsorgane be einflusst. Bislang müssen fünf von sechs Mitgliedern im Verfassungsrat für einen Beschluss anwesend sein. Nach der Verordnung reicht eine Anwesenheit von mindestens drei. Der Verfassungsrat tagte gleich am 15. Dezember 2020 in Mindestbesetzung und nomi nierte 38 Personen für vakante Positionen in den Verfassungsorganen. Darunter befanden sich alle fünf Sitze in der NHRC sowie Nominierungen für Gre mien, die zum Schutz der Rechte von Dalits, Frauen und marginalisierten Minderheiten eingerichtet wur den oder Korruptionsvorwürfe untersuchen sollen. Die Menschenrechtsorganisationen kritisieren das Vorgehen der Regierung als Rückschritt im langen Kampf um eine rechtsstaatliche Verfassung. Gemäß Verfassung von 2015 müssen Ernennungen in solche Schlüsselinstitutionen überdies vom Parlament über prüft werden. Dieses war jedoch am 20. Dezember 2020 abrupt aufgelöst worden. Von den Nominierten wurden 32 am 3. Februar 2021 vereidigt. Der Oberste Gerichtshof hat die Nominierungen und die Auflö sung des Parlaments am 23. Februar 2021 allerdings als verfassungswidrig bezeichnet und aufgehoben.

### Online-Belästigungen und Bedrohungen von Frauen

Die Cyber-Hotline der Polizei vermeldete 5574 Fäl le von Online-Belästigung zwischen 2016/17 und 2019/20. Laut Baburam Aryal, einem auf Cyber Recht spezialisierten Anwalt, kann gemäß dem *Elec tronic Transactions Act 2008* bei Online-Belästigung gegen eine Person eine Gefängnisstrafe von bis zu fünf Jahren verhängt werden. Frauen reichen jedoch in der Regel kaum eine Beschwerde ein, da solche Verfahren aufwändig sind und Frauen ihre Identi tät nicht preisgeben wollen. Vom *Women's Reha bilitation Centre* durchgeführte Fallstudien zeigen, dass Täter oftmals nicht bestraft werden, weil es an Beweisen mangelt. Viele Opfer fürchten Conse quenzen und sind sich oft nicht bewusst, welche Art von Beschwerden sie einreichen können. Im Bezirk Morang hatten viele Frauen Fälle von Online-Miss brauch nicht gemeldet, weil sie erstens das Gesetz nicht kannten und zweitens nicht glaubten, dass sie Gerechtigkeit erfahren, stattdessen erneut in eine Opferrolle gedrängt würden, so Shristi Kolakshya pati Pradhan, Programmkoordinatorin des *Women's Rehabilitation Centre*. Expert(inn)en halten eine massive Aufklärungskampagne für nötig, sehen aber den Online-Missbrauch auch als Ausdruck ei ner tief verwurzelten patriarchalischen Denkweise in der Gesellschaft Nepals.

### Neue Virusvarianten

Am 18. Januar 2021 wurden erstmals drei Fälle der britischen Variante des Coronavirus im Land bestä tigt. Seither stieg in Kathmandu und Pokhara die Zahl der Infektionen mit dieser Variante. Expert(inn) en des öffentlichen Gesundheitswesens sehen das Land einem hohen Risiko durch die neuen Mutati onen ausgesetzt. Sie warnten vor der Nachlässig keit der Behörden gegenüber der Eindämmung, die sich als kostspielig erweisen könnte. Anfang Febru ar 2021 befürchtete der Leiter der klinischen For schungsabteilung am *Sukraraj Tropical and Infec tious Disease Hospital*, Dr. Sher Bahadur Pun, dass mit der Entscheidung der Regierung, nur Patient(inn) en mit wahrnehmbaren Symptomen kostenlose Tests und Behandlungen anzubieten, die Kontaktverfol gung komplett zum Erliegen komme und die Aus breitung der Virusvarianten sich beschleunige. Eine anonyme Quelle aus dem Gesundheitsministerium: „Infektionen durch die neuen Virusvarianten können jederzeit zuschlagen.“ Das Gesundheitsministerium verpflichtet bislang nur Personen, die aus Großbri-

tannien zurückkehren, zur Hotelquarantäne. Täglich kommen über 2000 Menschen aus dem Ausland nach Nepal. Die Behörden hatten angekündigt, dass die Regierung 430.000 Mitarbeiter/-innen des Gesundheitswesens an vorderster Front mit einer Million Dosen *Covishield* aus Indien impfen würde. Bis zum 6. Februar 2021 waren 184.847 geimpft.

### Nationale Prioritätsprojekte ins Stocken geraten

Die „Projekte des nationalen Stolzes“, denen die Regierung hohe Priorität eingeräumt hat, haben in den ersten sechs Monaten des laufenden Steuerjahres (2020/21) weniger als zehn Prozent des zugewiesenen Budgets ausgegeben. Zu den Projekten gehören das *Sunkoshi Marine Diversion Multipurpose Project*, das *Melamchi Drinking Water Project*, das *President Chure Conservation Program* und das *Bheri Babai Diversion Multipurpose Project*. Das *Sunkoshi Marine Diversion Multipurpose Project* beanspruchte die wenigsten Mittel. Von 2,45 Milliarden Rupien Budgetmittel (rund 17,7 Millionen Euro) wurden nur 51 Millionen Rupien abgerufen (knapp 370.000 Euro). Die Regierung erklärte, die geringen Mittelabflüsse hätten mit mangelnden Kapazitäten verschiedenster Art zur Fertigstellung, etwa mangelnder Bauaufsicht und ungenügender Mobilisierung der Bauunternehmer, zu tun. Versäumt wurden ebenso Landerwerbungen im Vorfeld, Umweltverträglichkeitsprüfungen oder detaillierte Projektplanungen. Die Regierung hatte für die Nationalstolz-Projekte insgesamt 92,62 Milliarden Rupien (knapp 670 Millionen Euro) im laufenden Fiskaljahr 2020/21 bereitgestellt, wovon in den ersten sechs Monaten nur 15,19 Prozent abgerufen wurden.

### Staatshaushalt muss überarbeitet werden

Der reguläre Haushalt für das Fiskaljahr 2020-21 muss angesichts der durch die Pandemie veränderten Wirtschaft grundlegend überarbeitet werden. Die Ausgaben für Investitionen erreichten bis zur ersten Hälfte des Fiskaljahres nur knapp 51 Milliarden Rupien (knapp 370 Millionen Euro) von insgesamt geplanten 352 Milliarden, also 14,5 Prozent. Mitte Februar 2021 korrigierte Finanzminister Paudel die Ausgaben um neun Prozent nach unten und reduzierte die Investitionen um knapp 20 Prozent auf 283 Milliarden Rupien. Nepal leidet seit Jahrzehnten an Unterfinanzierung und gleichzeitig an schwerwiegenden Kapazitätsengpässen, um selbst die begrenzten finanziellen Mittel ausgeben zu können,

die zur Verfügung stehen. Auch die Möglichkeiten der föderalen Regierungsstellen, Mittel abzurufen sind immer noch suboptimal.

### Weltbank erwartet Wachstumsrate von 0,6 Prozent

Die Weltbank hat im Januar 2021 prognostiziert (*Global Economic Prospects*), dass Nepals Wirtschaft im laufenden Fiskaljahr nur um 0,6 Prozent wachsen wird. Dies sei auf die Folgen der Covid-19-Pandemie für die Wirtschaft, insbesondere für Tourismus und Reisen, zurückzuführen. Die Bank prognostizierte ein Wachstum von 2,5 Prozent für das nächste Fiskaljahr. Die Einnahmen aus dem Tourismus werden deutlich unter dem Niveau vor der Pandemie bleiben. Potenzielle Tourist(inn)en blieben vorsichtig, und die Beschränkungen für internationale Reisen bestünden fort. Sogar die bescheidene Prognose geht davon aus, dass ab der zweiten Jahreshälfte 2021 in Südasien in großem Umfang ein Impfstoff zur Verfügung steht und es nicht zu einem verbreiteten Wiederaufflammen der Infektionen kommt.

### Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsförderung

Arbeitslosigkeit ist eines der größten Probleme Nepals. Jedes Jahr wandern Hunderttausende von Jugendlichen aus. Sie fallen Menschenhändlern zum Opfer und arbeiten unter lebensbedrohlichen und sklavenähnlichen Bedingungen. Zehntausende haben im vergangenen Jahr ihre Arbeit verloren, vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen und in der Frühphase von Start-ups. Laut der jüngsten Regierungserhebung sind von den Firmen, die durch den Lockdown aufgeben mussten, 75 Prozent Klein- und Kleinstunternehmen. Ihnen ging einfach das Geld aus. Umgekehrt hat sich die Zahl der Arbeitssuchenden, die sich beispielsweise für das Beschäftigungsprogramm des Premierministers beworben haben, mehr als verdoppelt – von 370.734 Bewerber/-innen 2019-20 auf 743.160 für 2020-21. Das Programm bietet für maximal 100 Tage eine bezahlte Beschäftigung an und ist durch einen Kredit der Weltbank finanziert. In den letzten acht Monaten konnten nur 16.790 Arbeitsplätze eingerichtet werden. Die Regierung hatte sich 200.000 Arbeitsplätze zum Ziel gesetzt. Im ersten Jahr waren 175.909 Begünstigte im Durchschnitt 13 Tage lang beschäftigt, im zweiten Jahr 105.634 Begünstigte für durchschnittlich 15 Tage. Eigentlich müssten 1,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, um eine Arbeitslosenkrise zu vermeiden.